

The background is a painting depicting several people in a room. On the left, a man in a light-colored sweater stands looking towards the right. In the center, a woman in a red top and a headscarf is visible. In the foreground, the back of a person's head is seen. The painting has a somber and historical feel, with muted colors and visible brushstrokes.

75 Jahre „Großer Terror“ 70 Jahre Zwangsarbeitslager



**Herausgegeben
von der Landesgruppe Niedersachsen
der Landmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.
anlässlich der Gedenkfeier
am 1. September 2012 in Friedland.
Gefördert durch das Niedersächsische
Ministerium für Inneres und Sport.**

Gedenkfeier der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland am 1. September 2012 in Friedland

Beginn: 13.30 Uhr

**Schirmherrschaft: David McAllister,
Ministerpräsident des Landes Niedersachsen**

Programm

- **Einzug einer Jugendgruppe mit Kerzen zum Gedenken an die Opfer der Verfolgung in der Sowjetunion** (im Hintergrund: 2. Sinfonie Op. 27 in e-Moll von Sergei Rachmaninow)
- **Eröffnung und Begrüßung: Lilli Bischoff**, Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland
- **Gedenkrede: Dr. Alfred Eisfeld**, stellvertretender Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland
- **Gedichtvortrag: Marianna Neumann**, „Letzter Brief eines deutschen Trudarmeizen“ (Reinhold Frank)
- **Jakov Agranov** (Violine): Largo für Violine und Klavier in fis-Moll von Francesco Maria Veracini
- **Chor der Ortsgruppe Osnabrück der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland**: „Ballade über die Trudarmisten“
- **Gedenkrede: David McAllister, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen**
- **Jakov Agranov** (Violine): „Melodie“ aus „Orpheus und Eurydike“ von Christoph Willibald Gluck
- **Ansprache: Dr. Christoph Bergner**, Parlamentarischer Staatssekretär, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten
- **Chöre der Ortsgruppen Osnabrück, Hannover und Wolfsburg der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland**: „Verschollen, verhungert, erfroren“
- **Ansprache: Adolf Fetsch**, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland
- **Jakov Agranov** (Violine): „Träumerei“ von Robert Schumann
- „Großer Gott, wir loben dich“
- „Niedersachsenlied“
- Andacht
- Totenehrung
- Kranzniederlegung an der Friedlandglocke und am Heimkehrerdenkmal
- Anschließend Gespräche bei Kaffee und Kuchen



David McAllister



Dr. Christoph
Bergner

Festschrift

75 Jahre „Großer Terror“ 70 Jahre Zwangsarbeitslager

**Gedenkfeier
der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.
am 1. September 2012 in Friedland**



© 2012

Herausgegeben von der Landesgruppe Niedersachsen
der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.
Gefördert durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport.

Raitelsbergstraße 49, 70188 Stuttgart

Tel.: 0711-16650-0, Fax: 0711-2864413

E-Mail: Lmdr-ev@t-online.de, www.deutscheausrussland.de

Redaktion: Hans Kampen

Beiträge: Dr. Alfred Eisfeld, Dr. Viktor Krieger

Herstellung: Druckerei & Verlag Steinmeier, Deinungen

Bundesvorsitzender Adolf Fetsch:

Grußwort

Nach Jahrzehnten, in denen die soziale Beratung und Betreuung der deutschen Aussiedler und Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion im Mittelpunkt der landsmannschaftlichen Arbeit stand, haben wir uns in den letzten Jahren verstärkt auch anderen Bereichen zugewandt. Dazu gehört nicht zuletzt die Erforschung der russlanddeutschen Geschichte und Kultur als Teil des gesamtdeutschen Kulturerbes.



Adolf Fetsch

Dazu gehört aber auch die Erinnerung an tragische Ereignisse, von denen unsere Landsleute vor allem im 20. Jahrhundert in der Sowjetunion Stalins heimgesucht wurden. Nach unseren Gedenkfeiern 2011 zum 70. Jahrestag der Deportation der Deutschen in der Sowjetunion gedenken wir in diesem Jahr insbesondere des 75. Jahrestages des „Großen Terrors“ in der Sowjetunion der Jahre 1937 und 1938, der etwa 55.000 Deutschen des Landes das Leben kostete, und des 70. Jahrestages der Mobilisierungen von deutschen Frauen und Männern für die Zwangsarbeitslager der so genannten Trudarmee.

Wir geben mit diesen Veranstaltungen zu verstehen, dass die Landsmannschaft ihre Kultur- und Geschichtsarbeit für die rund 2,8 Millionen Deutschen aus der Sowjetunion, die inzwischen

in der Bundesrepublik leben, keinesfalls allein als Brauchtumpflege oder gar als Selbstzweck betrachtet, sondern in erster Linie als Beitrag zur Festigung bzw. Wiedergewinnung der kulturellen Identität der Mitglieder einer Volksgruppe, die nach Jahrzehnten der Verfolgung und Vertreibung gerade in dieser Hinsicht enormen Nachholbedarf hat.

Wie wir in unserem „Memorandum zur Kultur- und Forschungsarbeit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.“ (siehe S. 27-30) ausführen, beteiligt sich die Landsmannschaft seit ihrer Gründung in verlässlicher Weise an der bundesdeutschen Integrationsarbeit auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene. Über eine Million offiziell verbuchter Beratungs- und Betreuungsstunden unserer ehrenamtlichen Mitarbeiter allein in den letzten 20 Jahren haben die Grundlage für eine gelungene Eingliederung der russlanddeutschen Aussiedler und Spätaussiedler geschaffen, ohne dass diese Leistung allerdings eine entsprechende Würdigung seitens der politisch Verantwortlichen gefunden hätte. In besonderer Weise gilt das für den Bereich der Geschichts- und Kulturarbeit.

Gerade deshalb sind wir Politikern wie dem niedersächsischen Ministerpräsidenten David McAllister und dem Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, Dr. Christoph Bergner, die durch ihre Teilnahme an unserer Gedenkfeier in Friedland 2012 zum wiederholten Male ihre Solidarität mit den Deutschen aus Russland zum Ausdruck bringen, zu besonderem Dank verpflichtet!

Landesvorsitzende Lilli Bischoff:

Grußwort

Wie schon in den letzten Jahren wurde der Landesgruppe Niedersachsen auch in diesem Jahr die ehrenvolle Aufgabe übertragen, in Friedland die zentrale Gedenkfeier der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zu veranstalten.



Lilli Bischoff

Unsere ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich bemüht, der verantwortungsvollen Aufgabe gerecht zu werden und der Feier einen würdigen Rahmen zu verschaffen. Einer der Höhepunkte wird das Entzünden von Kerzen zum Gedenken an die Opfer des stalinistischen Terrorregimes sein.

Im krassen Gegensatz zu den Jahren und Jahrzehnten der Unterdrückung und Verfolgung in der ehemaligen Sowjetunion steht für Millionen Deutsche aus Russland die Rückkehr in ihre eigentliche Heimat, nach Deutschland. Diese Rückkehr wird für sie durch keinen anderen Ort nachhaltiger symbolisiert als durch das Grenzdurchgangslager Friedland, in dem so viele eine erste Bleibe fanden. Die Mitglieder der Landsmannschaft werden sich daher auch künftig alljährlich in Friedland treffen, um an das zu erinnern, was im vergangenen Jahrhundert in der Sowjetunion geschehen ist. Es waren schreckliche Dinge, die schwer auf den Seelen der Deut-

schen aus Russland lasten und sich nirgendwo und nirgends wiederholen dürfen.

Dafür setzen wir uns als Landsmannschaft ein. Und wir sind jedem dankbar, der uns bei diesen Bemühungen begleitet und unterstützt.

In diesem Jahr gilt das insbesondere für den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, David McAllister, der nicht nur die Schirmherrschaft über die Veranstaltung übernommen hat, sondern auch die Gedenkrede halten wird, und den Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Christoph Bergner, der zum wiederholten Male bei uns sein wird.

Die zunehmende Resonanz, auf die wir mit unseren Veranstaltungen stoßen, wurde bereits im vergangenen Jahr deutlich, als der Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, sich an der Gedenkfeier in Friedland beteiligte und ihr dadurch eine Bedeutung verlieh, die weit über den üblichen Rahmen hinaus reichte.

Gerade hier in Niedersachsen kann die Landsmannschaft auf die zuverlässige Unterstützung der Landesregierung bauen. Ein weiterer Beweis dieses Engagements war die Übernahme der Schirmherrschaft über die Landesgruppe Niedersachsen durch Innenminister Uwe Schünemann am 9. März 2012. Dafür bedanke ich mich auch an dieser Stelle von ganzem Herzen!

Gemeinsam mit allen Menschen guten Willens wird es uns gelingen, das Interesse der Öffentlichkeit in gebührender Weise auf die Geschichte und Kultur der Deutschen aus Russland zu lenken. Das ist meine feste Überzeugung!

Gedenkrede

*des stellvertretenden Bundesvorsitzenden
der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland,
Dr. Alfred Eisfeld*

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Dr. Bergner,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Landsleute,

an dieser historischen Stätte, die neben mehreren Millionen von Vertriebenen, Kriegsgefangenen und Flüchtlingen auch wir, die Deutschen aus Russland, der Ukraine, Kasachstan und den anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion, als das **TOR** zur **FREIHEIT** erlebt haben, wollen wir heute an zwei Jahrestage aus unserer Geschichte erinnern, die neben den Deportationen der Kriegsjahre, derer wir hier in Friedland vor einem Jahr gedacht haben, von besonderer Bedeutung und Tragweite waren.

Schon bald nach ihrer Machtergreifung in Russland hatten die Bolschewiki die deutschen Bürger des Landes als einen ihrer Feinde ausgemacht. Ab Ende 1922 wurden sie erneut, wie während des Ersten Weltkrieges, der Spionage und des Verrats verdächtigt. Sie wurden bespitzelt, im alltäglichen Leben benachteiligt und zu Tausenden verhaftet oder von Haus und Hof vertrieben.

Vor 75 Jahren, am 25. Juli 1937, wurde der Befehl Nr. 00439 des Volkskommissariats des Innern, des berüchtigten NKWD, herausgegeben, mit dem die „Deutsche Operation“ ausgelöst wurde.



Viktor Hurr: „Unruhige Zeiten“.

Anfänglich richtete die Staatssicherheit ihre Blicke auf die Angehörigen des Deutschen Reiches, doch schon binnen weniger Wochen waren deutsche Sowjetbürger der Verfolgung ausgesetzt. Einzelne Regionen und Gebiete bekamen Planvorgaben, wie viele Spione, Kon-

terrevolutionäre usw. zu verhaften und wie viele davon zu erschießen waren.

Gemäß Schätzungen russischer Historiker wurden in den Jahren 1937 und 1938 zwischen 69.000 und 73.000 Deutsche verurteilt. Über 76 Prozent aller im Zuge der „Deutschen Operation“ Verurteilten wurden erschossen. Zehntausende ihrer Familienangehörigen wurden als „Familienmitglieder von Volksfeinden“ stigmatisiert und bis in die 1960er Jahre wie potentielle Feinde behandelt.

Zum Andenken an diese Opfer haben wir die erste Kerze angezündet.

Der deutsch-sowjetische Krieg hatte für die Russlanddeutschen katastrophale Folgen - nicht aufgrund von Kampfhandlungen, sondern wegen Repressionen der sowjetischen Behörden. Vor einem Jahr haben wir gemeinsam der Opfer von Deportationen gedacht. Heute erinnern wir an unsere Angehörigen, die in Arbeitslagern des NKWD, auf Baustellen, in Bergwerken, in den Wäldern des Nordens und Sibiriens, in wasserlosen, lebensfeindlichen Wüsten Kasachstans und Mittelasiens einen qualvollen Tod starben. Als Erste wurden Ende August bis Anfang September 1941 18.600 junge Männer aus der östlichen Ukraine für sog. Arbeitskolonnen mobilisiert. Ihnen folgten im September über 30.000 Männer, vor allem Wolgadeutsche, die in den Reihen der Roten Ar-

mee gegen den äußeren Feind kämpften. Sie kamen in sog. Besserungsarbeitslager des NKWD im Ural. Die meisten von ihnen überlebten den ersten Winter 1941/1942 nicht.

Zum Andenken an diese Opfer haben wir die zweite Kerze angezündet.

Am 10. Januar 1942 ordnete die sowjetische Führung „zwecks einer rationalen Nutzung“ der deportierten Männer im Alter zwischen 17 und 50 Jahren das Einziehen von 120.000 Personen bis zum Kriegsende an. Sie wurden zum Holzeinschlag, zum Bau der Hüttenwerke im Bakallag und Bogoslowlag sowie zum Bau von Eisenbahnstrecken im Ural, in Sibirien und Kasachstan gebracht.

Wenig später, am 14. Februar 1942, wurden die sog. ortsansässigen deutschen Männer im Alter zwischen 17 und 50 Jahren in die Arbeitskolonnen eingezogen.

Der nächste und schwerste Schlag gegen unsere Volksgruppe erfolgte auf einen Beschluss des



Eingangstor zum Arbeitslager in Tscheljabinsk.



Viktor Hurr: Vernichtung durch Hunger und Krankheit.

Staatlichen Verteidigungskomitees vom 7. Oktober 1942. Eingezogen wurden alle arbeitsfähigen Männer im Alter von 15 bis 16 und von 51 bis 55 Jahren sowie Frauen im Alter zwischen 16 und 45 Jahren. Weil die vorgeschriebene Anzahl an arbeitsfähigen Männern und Frauen nicht aufgebracht werden konnte, wurden zum Teil 14-jährige Kinder, Schwangere und Invaliden der 3. und 2. Gruppe eingezogen. Zurückgelassen wurden nur Schwangere und Frauen, die Kinder unter drei Jahren zu betreuen hatten. 9.000 Kinder im Alter unter zwölf

Jahren blieben dadurch ohne Eltern, ohne Nahrung und ein Dach über dem Kopf, sich selbst und einem ungewissen Schicksal überlassen. Kein Mensch und keine Behörde kann sagen, wie viele von ihnen Hunger, Kälte und Krankheiten zum Opfer fielen. Diese Wunden sind bis heute nicht verheilt.

**Zum Andenken
an diese Opfer
haben wir
die dritte Kerze angezündet.**

Nach Berechnungen wurden ca. 246.000 russlanddeutsche Männer im Alter zwischen 15 und 50 Jahren und ca. 70.000 russlanddeutsche Frauen im Alter zwischen 16 und 45 Jahren in die sog. Arbeitsarmee eingezogen. Demnach befand sich jeder Dritte aus unserer Volksgruppe während des Krieges in Arbeitslagern. Insbesondere in den Jahren 1942 und 1943, als die Baustellen auf die Aufnahme dieser großen Anzahl von Häftlingen nicht vorbereitet waren, war die Sterblichkeit außerordentlich hoch. Sie trug genozidale Züge. So kam im Lager Wjatlag im Winter 1942 über ein Drittel der Lagerinsassen ums Leben. Selbst nach Statistiken des NKWD waren zum 1. Januar 1943 rund 26 Prozent der Arbeitsarmisten arbeitsunfähig. Der russische Historiker V. Berdinskich schreibt über die Behandlung der Deutschen in den Zwangsarbeitslagern: „Sinn und Zweck der Überstellung der Russlanddeutschen in die Zuständigkeit des NKWD ist es gewesen, dass diese Mobilisierten ihre Muskelkraft zur Erfüllung des ihnen zugewiesenen Programms restlos zur Verfügung stellen sollten, um ‚vollständig amortisiert‘ zu sterben.“

Auch der Historiker Arkadij German aus Saratow kommt in seiner Untersuchung zu dem Schluss, dass das erbarmungslose Regime der Ausbeutung in den Zwangsarbeitslagern die Rache an den Russlanddeutschen für den Krieg Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion war. In den Jahren 1943 und 1944 wurden Deutsche, die auf besetztem Gebiet wohnten, nach dessen Befreiung in die Zwangsarbeitslager Tschernogorskij und Suzunskij in Sibirien eingewiesen. Nach Kriegsende wurden aus den Reihen der aus Deutschland in die Sowjetunion Repatriierten vor allem Männer in Zwangsarbeitslager des Nordens und Sibiriens geschickt.

Wie viele Menschen an den Folgen der Deportationen, der Zwangsarbeit in den Arbeitslagern und den dabei erlittenen Verletzungen und Erkrankungen starben, ist noch nicht genau bekannt. Im August 2011 sprach man bei der Enthüllung des Denkmals für die repressierten Russlanddeutschen in Engels, der Hauptstadt der ehemaligen Autonomen Republik der Wolgadeutschen, davon, dass ein Drittel aller Deutschen in der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges weit ab von der Front ihr Leben verlor.

Im Januar 1946 befanden sich deutsche Frauen und Männer in 45 Regionen, Verwaltungsgebieten und Republiken der Sowjetunion in Arbeitslagern des NKWD, auf Baustellen, in der Forstwirtschaft, im Kohlebergbau, in der Erdölindustrie und anderen Wirtschaftszweigen.

Alle Einsatzorte zu nennen, wäre hier nicht möglich. Lassen Sie mich stellvertretend für alle Einsatzorte die Lager in den Gebieten Archangelsk und Perm, in der Republik Komi, in den Gebieten Swerdlowsk und Tscheljabinsk, in den Kohlebergbauregionen Karaganda, Kemerowo und in Chakassien nennen.

**Zum Andenken
an diese Opfer
haben wir die vierte, fünfte,
sechste, siebte, achte
und neunte Kerze angezündet.
Jede Kerze erinnert an 50.000
unserer Angehörigen, die durch
die Hölle der Zwangsarbeitslager
gehen mussten.**

Wir wissen, dass zusammen mit unseren Angehörigen auch Menschen anderer Volkszugehörigkeit, vor allem Kalmücken, Tschetschenen, Balkaren, Inguschen, Krim-Tataren, Finnen, Polen, Esten, Letten, Litauer und Ukrainer aus der Westukraine, ein ähnliches Schicksal hatten.

**Zum Andenken
an diese Opfer
haben wir
die zehnte Kerze angezündet.**

**Die elfte Kerze
haben wir angezündet
als Zeichen der Hoffnung,
dass kein Volk, kein Mensch
mehr solchen unmenschlichen
Qualen ausgesetzt,
nie wieder Diktatoren
sich zu Herren
über Leben und Tod aufschwingen
und um ihrer Utopien willen
Menschen ermorden dürfen.**

Ich bitte Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Opfer des Terrors und der Gewalt mit einer Schweigeminute zu gedenken.

Unseren Toten zur Ehre

Wir Deutschen aus Russland beklagen heute an diesem gedenkwürdigen Tag unsere Toten, Hunderttausende Brüder und Schwestern, die unter der Willkürherrschaft in Russland und der Sowjetunion leiden und sterben mussten. Wir beklagen all die, deren Geduld grenzenlos und deren Leiden unermesslich war.

Wir gedenken derer, die einst auf dem beschwerlichen Wege nach Russland, bei Plünderungen und Überfällen der Nomadenvölker an der Wolga, im Schwarzmeergebiet und im Kaukasus oder in der fremden Gefangenschaft vor über zwei Jahrhunderten ihr Leben lassen mussten.

Wir gedenken derer, die dem Zarenregime oder den Pogromen gegen Deutsche Anfang des 20. Jahrhunderts zum Opfer fielen.

Wir denken an die, die während des Roten Terrors der bolschewistischen Revolution in Russland und im nachfolgenden Bürgerkrieg auf schändlichste Weise umkommen mussten.

Wir denken an die, die im Jahre 1929 bei Beginn der Kollektivierung in die Wälder des Nordens verschickt wurden und dort durch Hunger und Kälte elend zugrunde gehen mussten.

Wir gedenken derer, die in den Jahren 1921, 1933 und 1947 zu Zehntausenden dem Hunger zum Opfer fielen.

Wir trauern um die Tausenden, die in den Terrorjahren 1937-38 unter Stalins Blutherrschaft verhaftet und in Gefängnissen und Lagern erschossen wurden.

Wir denken an die, die in den Lagern des hohen Nordens, in den Bergwerken des Urals und Sibiriens, in den geheimnisumwitterten Wäldern der Taiga, in den ausgebrannten Sandwüsten Mittelasiens einen qualvollen Hunger- und Schwächetod starben.

Wir denken an die, die um ihres Glaubens willen als Märtyrer sterben mussten, an die katholischen und evangelischen Geistlichen, an die Kirchenältesten, an die glaubenstreuen Männer und Frauen, die als Blutzugehörigkeit ihr Leben lassen mussten.

Wir trauern um die, die 1941, bei der Verschleppung nach Sibirien, unterwegs bei Bombenangriffen ums Leben kamen.

Wir denken an die, die bei Beginn und während des Zweiten Weltkriegs als Geiseln nur wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit erschossen wurden.

Wir denken an die Zehntausenden, die in den Arbeitslagern der „Trudarmija“ verhungerten oder in brutaler Weise vernichtet wurden - nie konnten sie wieder zu Frau und Kindern zurückkehren.

Wir gedenken der deutschen Frauen, die während des Zweiten Weltkriegs, von ihren Männern getrennt, sich für ihre Kinder opferten, Sklavenarbeit leisten mussten und von tyrannischen Aufsehern geschlagen und misshandelt wurden, bis sie der Tod von ihrem Elend erlöste.

Wir trauern um die, die auf dem Fluchtweg vom Warthegau nach Westen erschossen oder von Panzern überfahren wurden.

Wir trauern um die, die 1945 auf dem Weg von Deutschland in die Wälder des Nordens und nach Sibirien ihren Tod fanden.

Wir gedenken all derer, die den Zeitpunkt der Wahrheit und der Gerechtigkeit gegenüber den Russlanddeutschen und des Wiedersehens mit der Urheimat ihrer Vorfahren nicht erlebt haben.

(Text in großen Teilen nach den von Pastorin Irmgard Stoldt bei der Kranzniederlegung in Friedland am Ostermontag 1991 gesprochenen Worten.)

Geschichte der Deutschen aus Russland und ihrer Landsmannschaft im Zeitraffer:

Volksgruppenzugehörigkeit:

Deutsche aus Russland, die jetzt nach Deutschland kommen oder bereits seit einigen Jahrzehnten hier leben, sind fast ausschließlich Nachkommen der zur Zeit der Zarin Katharina II. (1729-1796) und ihres Enkels Alexander I. (1777-1825) aus deutschen Ländern nach Russland ausgewanderten Menschen – Hessen, Schwaben, Pfälzer, Bayern und andere.

**Mehr zu den Aktivitäten der
Landsmannschaft der Deutschen
aus Russland e.V. unter
www.deutscheausrussland.de**

Ansiedlung:

In die Regentschaft der beiden Zaren fallen die drei wichtigsten Auswanderungswellen aus Deutschland nach Russland, der Zug an die Wolga (ab 1764), der Zug an den Dnjepr (ab 1789) und der Zug ans Schwarze Meer (ab 1803). Die ursprüngliche Ansiedlung von Deutschen in Sibirien und Mittelasien erfolgte später. Sie wurde vor allem um die Jahrhundertwende 1900 notwendig, als das Land für die Deutschen im europäischen Russland knapp geworden war. Eine besondere Gruppe bildeten die Wolhyniendeutschen, die sich zu verschiedenen Zeiten im 19. Jahrhundert in polnisch-russischen Grenzregionen niederließen. Bereits im 18. Jahrhundert, insbesondere aber im 19. Jahrhundert entstanden blühende deutsche Kolonien im Russischen Reich, deren Bewohner es dank ihres Fleißes zu einem beachtlichen Wohlstand brachten.

20. Jahrhundert:

Grundlegend änderte sich die Situation für die Russlanddeutschen nach der Oktoberrevolution, als sie noch stärker als andere Völker der Sowjetunion unter dem Stalinismus zu leiden hatten.

Nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges am 22. Juni 1941 erreichte der in seiner Härte und Grausamkeit unvorstellbare Opfergang der Russlanddeutschen seinen tragischen Höhepunkt. Repressionen, Diskriminierungen, Verfolgungen, Zwangsarbeit, Lagerhaft und Vertreibungen brachten Hunderttausenden von ihnen den Tod. Die anderen leben zu meist – wenn sie nicht den Weg der Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland gewählt haben bzw. ihn wählen durften – auch heute noch in nichteuropäischen Gebieten Russlands, in Kasachstan oder anderen mittelasiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion, weit entfernt von ihren ursprünglichen Siedlungsgebieten.

Gründung der Landsmannschaft:

Bereits kurz nach dem II. Weltkrieg gründeten die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Deutschen aus Russland mit der Landsmannschaft eine Organisation, die sich bis heute als Interessenvertreterin, Hilfsorganisation und Kulturverein aller Russlanddeutschen versteht.

Leistungen der Landsmannschaft:

Im Laufe ihrer 62-jährigen Geschichte hat die Landsmannschaft vor allem erreicht, dass die Deutschen aus Russland anderen Heimkehrern und Vertriebenen gleichgestellt wurden, dass die Existenz einer deutschen Volksgruppe in der ehemaligen Sowjetunion nicht in Vergessenheit geriet und dass inzwischen rund 2,8 Millionen Deutsche aus der Sowjetunion, deren Eingliederung als vorbildlich zu bezeichnen ist, eine Heimat in der Bundesrepublik gefunden haben.

Die Jahre des „Großen Terrors“

Oft wird der Eindruck erweckt, die Verfolgung der Deutschen in Russland bzw. der Sowjetunion habe erst mit dem Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion vom 28. August 1941 „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen“ begonnen. Davon kann jedoch keine Rede sein.

So wurden etwa bereits im I. Weltkrieg circa 200.000 russische Staatsbürger deutscher Herkunft zwangsverschickt. Und von den Deportationen der sog. Kulaken im Zuge der Zwangskollektivierung der Jahre 1929 bis 1932 waren etwa 50.000 Russlanddeutsche betroffen.

In diesem Jahr nun gedenkt die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland neben der Verbringung deutscher Frauen und Männer in die sowjetischen Zwangsarbeitslager auch des „Großen Terrors“ in der Sowjetunion, der so genannten stalinistischen Säuberungen, die in den Jahren 1937 und 1938 ihren Höhepunkt hatten und denen nicht weniger als 55.000 Russlanddeutsche zum Opfer fielen.

Wie der neben stehenden Tabelle zu entnehmen ist, hatten unter dem Terror dieser Jahre alle Völker der Sowjetunion zu leiden, in besonderem Maße aber Minderheiten wie Polen, Deutsche, Letten oder Finnen. So stand dem Bevölkerungsanteil der Deutschen in der Sowjetunion

von 0,8 Prozent ein Anteil an der Gesamtzahl der Verhafteten von 5,3 Prozent gegenüber.

Als Grund für diese massenhafte Verfolgung von Minderheiten wird unter anderem die deutliche Wende in der sowjetischen Innenpolitik ab Mitte der 1930er Jahre mit einer zunehmenden Abkapselung vom Ausland genannt. Man argwöhnte, ausländische Staaten könnten durch nationale Minderheiten schädliche Einflüsse ins Land bringen, was unter anderem zum

**Vom 1. Januar 1936 bis zum 1. Juli 1938
in der UdSSR verhaftete
Personen, nach Nationalitäten gelistet**

Nationalität	Zahl der Verhafteten, absolut	Anteil an der Gesamtzahl d. Verhafteten, in %	Anteil der Nationalität an der Gesamtbevölkerung der UdSSR, in %
Russen	657.799	43,6	58,4
Ukrainer	189.410	13,3	16,5
Polen	105.485	7,4	0,4
Deutsche	75.331	5,3	0,8
Weißrussen	58.702	4,1	3,1
Juden	30.542	2,1	1,8
Letten	21.392	1,5	0,1
Finnen	10.678	0,7	0,1
Insgesamt	1.420.711	100	100

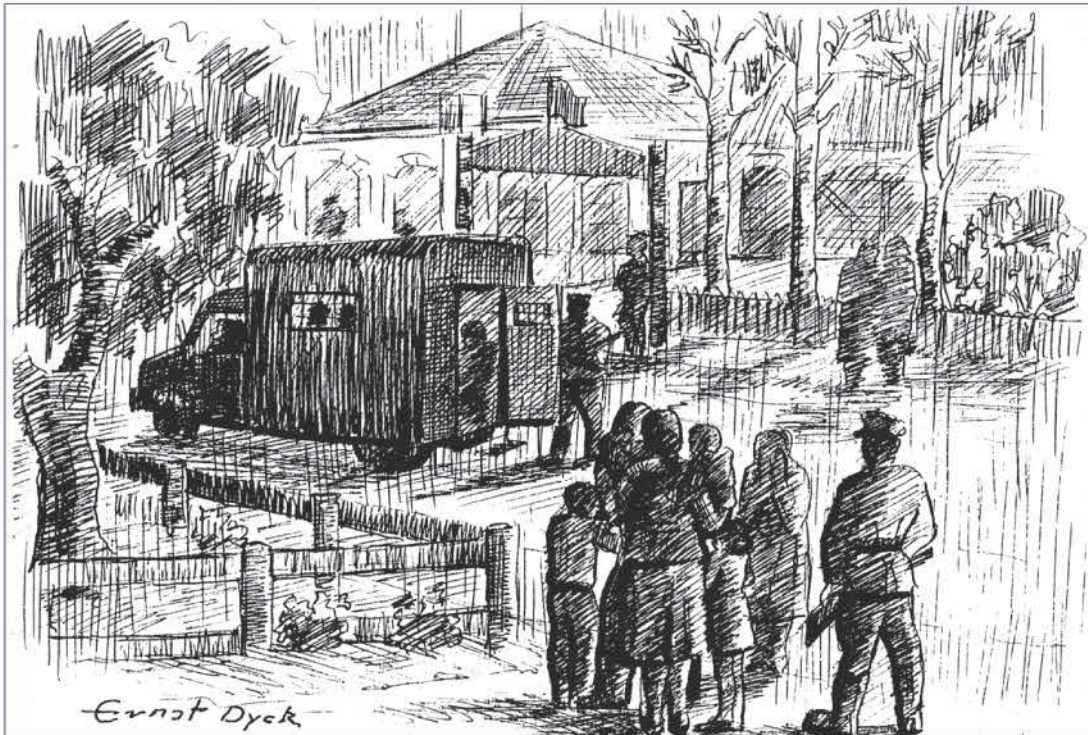
Konzept der so genannten feindlichen Minderheiten führte.

Die Jahre des „Großen Terrors“ fallen zusammen mit der Beendigung der „Leninschen Nationalitätenpolitik“, die laut dem russland-deutschen Historiker und stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft, Dr. Alfred Eisfeld, ihr wichtigstes Ziel nicht erreicht hatte, nämlich die Umerziehung der Völker der Sowjetunion zu treuen Anhängern der Kommunistischen Partei und der Sowjetmacht.

Dr. Eisfeld nennt in seinen Publikationen erschütternde Zahlen, aus denen das ganze Aus-

maß der „stalinistischen Säuberung“ deutlich wird. Einige Beispiele:

- Bis zum 16. November 1937 wurden im Zuge der „Deutschen Operation“ gegen 2.554 Personen Urteile gefällt; 2.294 dieser Personen wurden zum Tode, 74 zu zehn Jahren Lagerhaft und 168 zur Verbannung verurteilt.
- Bis zum 15. Dezember 1937 wurden weitere 3.269 Personen verurteilt, davon 2.770 zum Tode, 265 zu zehn Jahren Lagerhaft und 499 zu anderen Strafen.



Das Bild wurde von dem russlanddeutschen Maler Ernst Dyck gemalt und zeigt die Verhaftung mit dem „Schwarzen Raben“ in den 1930er Jahren, als Angst und Schrecken das Leben in den deutschen Siedlungen der Sowjetunion bestimmten.

- Zum 10. Januar 1938 war die Anzahl der zum Tode Verurteilten bereits auf 8.597 Personen angestiegen.
- Bis zum 15. November 1938 wurden im Zuge der „Deutschen Operation“ Verfahren gegen 56.787 Personen durchgeführt. Davon wurden Urteile gegen 55.005 Personen verhängt. 41.898 Personen wurden zum Tod durch Erschießen, 10.247 zu zehn Jahren Haft, 1.913 zu fünf bis acht Jahren Haft im Besserungsarbeitslager verurteilt.
- Die meisten Todesurteile wurden gegen die Verhafteten in der Ukraine (18.005 Personen), in den Regionen Krasnodar (2.784) und Altaj (2.412) sowie in den Gebieten Nowosibirsk (2.548) und Leningrad (2.536) verhängt.
- Die Historiker N. Ochotin und A. Roginskij kamen in ihrer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass nach allen „nationalen“ Operationen 335.513 Personen verurteilt wurden, davon 73,66 Prozent zum Tode durch Erschießen. Bei der „Deutschen Operation“ lag dieser Anteil bei 76,17 Prozent. Nach ihren Berechnungen wurden in den Jahren 1937-1938 zwischen 69.000 und 73.000 Deutsche verurteilt, darunter 40.000 bis 41.000 nach verschiedenen „nationalen“ Operationen, 20.000 bis 22.000 im Zuge der „Kulaken-Operation“, der Rest durch Sonderberatungen des NKWD und Gerichte.

Für einzelne Gebiete nennt Eisfeld die folgenden Zahlen:

- Im Gebiet Stalino, Ukraine, wurden in den Jahren 1937 und 1938 25.381 Personen repressiert. Von ihnen waren 60 Prozent im Alter zwischen 31 und 40 Jahren. In dieser

Zahl sind 4.265 verhaftete Deutsche enthalten, von denen 3.608 erschossen wurden.

- Im Gebiet Dnjepropetrowsk wurden vom 1. Oktober 1936 bis 1. Juli 1938 fast 30.000 Personen verhaftet. Darunter waren 7.857 Deutsche.
- Im Gebiet Odessa wurden 1938 mehr als 4.000 Deutsche verhaftet. Von ihnen wurden mehr als 47 Prozent zum Tode verurteilt. Die Quote lag nicht mehr so hoch, weil die massenweisen Verhaftungen und Erschießungen im Herbst des Jahres eingestellt wurden.

Kaum einer der Verhafteten und Verurteilten hatte sich irgendetwas zuschulden kommen lassen. Es herrschte die blanke Willkür, und es genügten Denunziationen und haltlose Verdächtigungen, um die Menschen für immer aus ihren Familien zu reißen.

Mit knappen, aber umso erschütternderen Worten schildert die bekannte russlanddeutsche Schriftstellerin Nelly Däs die Wunden, die diese Jahre in den Seelen vieler Russlanddeutscher hinterlassen haben:

„Ich denke an das Jahr 1937, als Stalins Häscher im September in unser Dorf kamen und 54 Männer verhafteten und nach Sibirien verbannten. Keiner kam jemals wieder.

Ich war damals sieben Jahre alt. Je älter ich werde, desto mehr denke ich an diese Nacht. Was waren die letzten Gedanken meines Vaters? Wie ist er gestorben? Wo ist sein Grab? Wir hatten nicht einmal die kleinste Chance, uns vom Vater zu verabschieden. Noch heute nagt der Schmerz in unseren Herzen.

Es leben nicht mehr viele von der Erlebnissengeneration; ihre Nachfahren wissen nur wenig über diese schreckliche Zeit. Ich habe vergeben,



Jakob Wedel stellte in seiner Plastik die berühmte Trojka der 1930er Jahre dar. (Ausgestellt im Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold.)

vergessen kann ich jedoch niemals! Möge Gott unsere Klage hören und die Weltöffentlichkeit unsere Toten in ihre Gebete mit einschließen!“

Verurteilt wurden die Verhafteten in politischen Pseudogerichtsverfahren, in denen ihnen antisowjetische Tätigkeit zur Last gelegt wurde. Sie wurden verurteilt ohne jeden Beweis für irgendeine Verfehlung oder aufgrund von Geständnissen, die unter Folter zustande gekommen waren.

In der gerade herausgegebenen Publikation „Politischer Terror und das Schicksal der aserbaidischen Deutschen“ zitiert der Verfasser, der aserbaidische Historiker Mammad

Jafarli, die Aussage eines Mitgliedes des damaligen sowjetischen Innenministeriums, der Verhöre durchführte, zu gängigen Methoden, aus einem Verhafteten jede beliebige Aussage herauszupressen:

„Die Verhafteten wurden grausam geschlagen, gequält und mussten längere Zeit ‚still stehen‘ usw. Ähnliche Methoden wurden häufig gegen die deutschen Kolonisten angewendet. Die meisten von ihnen hielten diese Folterungen nicht aus und machten Aussagen über die Verbindung zum Deutschen Konsulat, dem sie angeblich Spionagenachrichten hatten zukommen lassen. ...



„Still stehen‘ bedeutete, dass die Verhafteten ununterbrochen im Raum stehen mussten und sich nicht setzen durften. So standen sie bis zu zwei oder drei Tage und Nächte lang. Die Mitarbeiter wechselten sich inzwischen der Reihe nach ab, wie auch ich, und passten auf, dass die Arrestanten standen. Wenn dann einer aussagte, so notierte es sofort der Mitarbeiter. Außer dem ‚Stillstehen‘ wurden auch Prügel angewendet.“

Die Betroffenen und ihre Angehörigen versuchten, so Dr. Eisfeld, verzweifelt, Erklärungen zu finden und ihre Unschuld zu beweisen. Doch darauf kam es den Machhabern nicht an. Der Chef des NKWD, Jeschow, empfahl seinen Untergebenen, nach der Maxime zu handeln: „Es ist besser, zehn Unschuldige kommen zu Schaden, als dass ein Spion untertaucht.“

„Auf Ihre Eingabe an die Staatsanwaltschaft des Gebietes Saporoshje über das Schicksal ihres Großvaters **Kampen David des David**, geboren am 28. Mai 1892 in Chortitza, Rayon Saporoshje, Gebiet Dnjepropetrowsk (jetzt: Gebiet Saporoshje), am 9. Oktober 1938 von der Trojka des UNKWD der Ukrainischen SSR grundlos der Teilnahme an einer konterrevolutionären deutschen aufständischen Organisation beschuldigt und zum Tod durch Erschießen verurteilt. Das Urteil wurde am 14. November in der Stadt Saporoshje vollstreckt.

Die Lokalisierung der Beerdigungsstelle von D. D. Kampen hat sich als unerfüllbar erwiesen.

Gemäß Beschluss des Präsidiums des Obersten Gerichtes des Gebietes Saporoshje vom 10. September 1956 wurde D. D. Kampen wegen fehlender Beweise rehabilitiert. Die Bescheinigung über die Rehabilitation von D. D. Kampen wird vom Gebietsgericht Saporoshje an Ihre Anschrift geschickt, die Todesurkunde von der Bürgerschaftsabteilung des Rayonsowjets der Volksdeputierten des Gebietes Saporoshje.

Abteilungsleiter: W. S. Kriwzow“

Auszug aus einer für die 1950er Jahre typischen Rehabilitationsurkunde

Erst nach Stalins Tod bekam das Oberste Gericht der UdSSR im September 1953 das Recht, die Entscheidungen der außergerichtlichen Gremien (*Osoboje sowedschtschanie, Trojka*) einer Revision zu unterziehen. Der Prozess der Rehabilitierung der unschuldig Hingerichteten dauert bis heute an und führt zu der Feststellung: „Rehabilitiert wegen des Fehlens eines Straftatbestands.“

Dr. Viktor Krieger

Trudarmee*

TRUDARMEE (*Arbeitsarmee; russ. trudarmija*) ist ein euphemistischer Terminus für ein besonderes System der Zwangsarbeit, das in der Sowjetunion in den Jahren 1941-1946 vor allem für russlanddeutsche Jugendliche, Männer und Frauen aufgebaut wurde.

Die Liquidation der ASSR der Wolgadeutschen, die Verbannung der deutschen Minderheit in den asiatischen Teil des Landes und ihre weitgehende Entrechtung machte sie zum bevorzugten Objekt staatlicher Ausbeutungspolitik. Aus praktischen Gründen wären eine massenhafte Aburteilung von Hunderttausenden Deutschen und ihre Überführung in Straflager nicht zweckmäßig gewesen. Deshalb schuf man eine neue Lager-Kategorie, die sog. *mobilizovannye nemcy* („mobilisierte Deutsche“), eine Zwitterkonstruktion aus einem rekrutierten Bauarbeiter und einem Strafgefangenen, wobei sie in der Lagerstatistik keine Erwähnung fanden. Der zwangsmobilisierte Deutsche besaß typische Merkmale eines Lagerinsassen:

- Unterbringung in von Stacheldraht umgebenen Baracken;

* Beitrag (leicht gekürzt) von Dr. Viktor Krieger in: *Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von: Detlef Brandes, Holm Sundhaussen und Stefan Troebst. Bearbeitet von Kristina Kaiserová, Krzysztof Ruchniewicz und Dmytro Myeshkov. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2010, S. 41-44.*



Viktor Hurr: Waldarbeit in Nordrussland.

- Arbeitseinsatz und Freizeit unter militärischer Bewachung;
- Ess- und Verpflegungsrationen nach den Normen des GULag;
- Verbot jeglicher nicht gebilligter Kontakte mit der zivilen Bevölkerung.

Die Aushebung durch örtliche Kriegskommissariate des Verteidigungsministeriums und ihre

Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR vom 10. Januar 1942 über die Richtlinien für den Einsatz der deutschen Umsiedler im wehrpflichtigen Alter von 17 bis 50 Jahren (Auszüge):

1. Alle deutschen Männer im Alter von 17 bis 50 Jahren, die für körperliche Arbeit tauglich und in die Gebiete Nowosibirsk, Omsk, die Regionen Krasnojarsk und Altaj und in die Kasachische SSR ausgesiedelt worden sind - etwa 120.000 Personen -, werden für Arbeitskolonnen für die gesamte Dauer des Krieges mobilisiert. Von dieser Zahl sind zu übergeben:

- a) dem NKWD der UdSSR (*Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten*) - zum Holzeinschlag 45.000 Personen, - zum Bau von Betrieben in Bakal und Bogoslawsk 35.000 Personen;
- a) dem NKPS der UdSSR (*Volkskommissariat für Verkehrswesen, Eisenbahnverkehr*) - zum Bau der Eisenbahnen Stalinsk-Abakan, Stalinsk-Barnaul, Akmolinsk-Kartaly, Akmolinsk-Pawlodar, Soswa-Alapajewsk, Orsk-Kandagatsch, Magnitogorsk-Sara 40.000 Personen.

5. Das NKWD der UdSSR wird beauftragt, die Sachen in Bezug auf die in den Einberufungs- oder Sammelstellen zum Abtransport nicht erschienenen Deutschen sowie in Bezug auf die in Arbeitskolonnen Befindlichen für Disziplinverletzung und Arbeitsverweigerung, Nichterscheinen trotz Mobilisierungsbefehl und für Desertion aus den Arbeitskolonnen im Sonderkollegium des NKWD der UdSSR zu verhandeln und in den härtesten Fällen die Höchststrafe zu verhängen.

Nach Alfred Eisfeld, Victor Herdt, „Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee“, Verlag Wissenschaft und Politik, 1996

Unterstellung unter die Kriegsgerichtsbarkeit verlieh dieser Kategorie Züge einer militärischen Rekrutierung: Eigenmächtiges Verlassen des zugewiesenen Einsatzortes wurde nicht als Flucht, sondern als Desertion bezeichnet und entsprechend geahndet. Zum Schluss deuteten das Vorhandensein von gesonderten Partei- und Komsomolzenorganisationen der mobilisierten Deutschen, wenn auch mit stark reduzierten Befugnissen, und die vorgesehene Entlohnung nach Besoldungsgruppen für zivile Berufe auf verbliebene Elemente bürgerlicher Rechte hin. **Eingeleitet wurde die massenhafte Zwangsrekrutierung von Männern im Alter von 17 bis 50 Jahren durch die streng geheimen Beschlüsse des Staatlichen Verteidigungskomi-**

tees vom 10. Januar und 14. Februar 1942.

Beide Aushebungen betrafen 133.900 Deutsche. Einen Teil der Mobilisierten schickte man auf Großbaustellen, die das NKWD erst zu Beginn des Krieges oder kurz davor übernommen hatte. Dort sollten im Eiltempo ohne Rücksicht auf Verluste verschiedene Bauvorhaben realisiert werden. So befanden sich

- zum 1. Januar 1943 auf der Baustelle zur Errichtung des Tscheljabinsker Hüttenkombinats 27.783 Zwangsarbeiter;
- auf der Baustelle des Bogoslower Aluminiumwerkes, Gebiet Swerdlowsk, weitere 12.683 Mobilisierte usw.

Die ankommenden Arbeitskräfte wurden in sog. Bautrupps eingeteilt, die ihrerseits aus Ko-

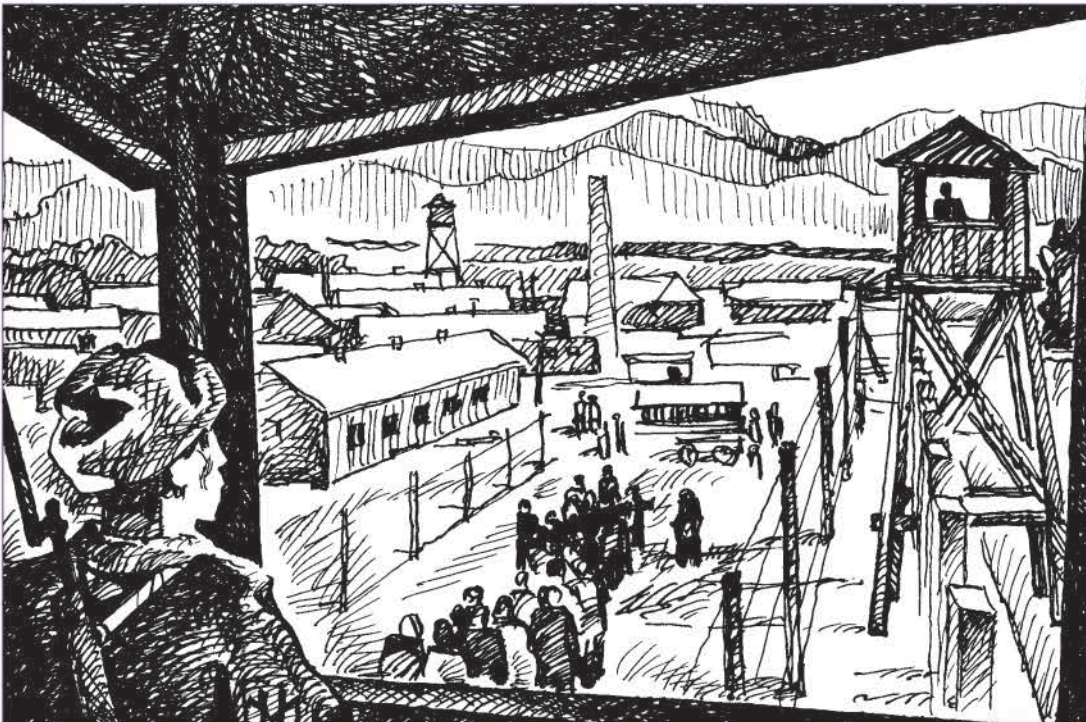
lonnen bis zu tausend Mann und letztere aus Brigaden unterschiedlicher Größe bestanden. An der Spitze der Arbeitskolonnen standen andersethnische Vorgesetzte und Politoffiziere. Andere Zwangsarbeiter wiederum kamen in schon existierende Straflager als Ersatz für in kämpfende Truppen überstellte oder vorzeitig entlassene Häftlinge. Dort wurden sie getrennt von den übrigen Häftlingen und der freien Belegschaft untergebracht und eingesetzt.

Eine Besonderheit dieser Aushebung war ihr totaler Charakter. Neben den einfachen Arbeitern und Bauern fand sich in den Arbeitslagern die gesamte intellektuelle und Funktionärsschicht der Russlanddeutschen wieder: Abgeordnete,

Minister und Regierungsbeamte, Professoren und Dozenten, Schriftsteller und Ärzte, Lehrer und Ingenieure, Offiziere und Richter.

Am 14. Oktober 1942 übertrug man diese Bestimmungen auch auf Minderheiten, deren „Mutterländer“ im Krieg mit der UdSSR standen. Einige Tausend Männer im wehrpflichtigen Alter finnischer, ungarischer, italienischer oder rumänischer Herkunft mussten ebenfalls Zwangsarbeitsdienst leisten.

Unvollständigen Angaben zufolge kamen im Laufe des Krieges auf die dem NKWD unterstellten Objekte etwa 182.000 Zwangsarbeiter. Diese Ziffer schließt ca. 18.600 Deutsche aus der Ukrainischen SSR ein, die noch Anfang



Viktor Hurr: Arbeitslager.

Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR vom 14. Februar 1942 über die Mobilisierung deutscher Männer im wehrpflichtigen Alter von 17 bis 50 Jahren mit ständigem Wohnsitz in den Gebieten, Regionen, autonomen und Unionsrepubliken (Auszug):

1. Alle deutschen Männer im Alter von 17 bis 50 Jahren, die für körperliche Arbeit tauglich sind und ihren ständigen Wohnsitz in den Gebieten Archangelsk, Wologda, Iwanowo, Molotow, Penza, Rjasan, Swerdlowsk, Tambow, Tschita, Tschkalow, Jaroslawl, Kirow, Nowosibirsk, Omsk, Kujbyschew und Irkutsk, den Regionen Primorje, Chabarowsk, Altaj und Krasnojarsk, der Baschkirischen und Mordwinischen ASSR, der ASSR der Mari, der Tatarischen, Udmurtischen, Tschuwaschischen und Burjat-Mongolischen ASSR, der Komi ASSR, der Kasachischen, Turkmenischen, Tadschikischen, Kirgischen und Usbekischen SSR haben, werden für Arbeitskolonnen für die gesamte Dauer des Krieges mobilisiert und dem NKWD der UdSSR zum Einsatz beim Bau von Eisenbahnen zugewiesen.

Nach Alfred Eisfeld, Victor Herdt, „Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee“, Verlag Wissenschaft und Politik, 1996

Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR vom 7. Oktober 1942 über eine zusätzliche Mobilisierung von Deutschen für die Volkswirtschaft der UdSSR (Auszüge):

1. Deutsche Männer im Alter von 15 bis 16 und 51 bis 55 Jahren und tauglich für körperliche Arbeit, sowohl jene, die aus den zentralen Gebieten der UdSSR und aus der Republik der Wolgadeutschen in die Kasachische SSR und die östlichen Gebiete der RSFSR umgesiedelt worden sind, als auch jene, die in anderen Gebieten, Regionen und Republiken der Sowjetunion leben, werden zum Einsatz in den Arbeitskolonnen für die gesamte Dauer des Krieges zusätzlich mobilisiert.

2. Zusätzlich wird eine Mobilisierung von deutschen Frauen ab 16 bis einschließlich 45 Jahre zum Einsatz in Arbeitskolonnen für die gesamte Dauer des Krieges vorgenommen. Von der Mobilisierung sind schwangere deutsche Frauen und Frauen mit Kindern unter drei Jahren freizustellen.

7. Die auf Grund dieses Beschlusses mobilisierten deutschen Männer werden zur Arbeit in den Betrieben der Trusts „Tscheljabinskugol“ und „Karagandaugol“ des Volkskommissariats der Kohleindustrie verpflichtet.

Die mobilisierten deutschen Frauen werden in Betrieben des Narkomneft (*Volkskommissariat der Erdölindustrie*) auf Grund der Vorgaben dieses Volkskommissariats verpflichtet.

Nach Alfred Eisfeld, Victor Herdt, „Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee“, Verlag Wissenschaft und Politik, 1996

„Es wurden schon keine Einzelgräber mehr ausgehoben, sondern lange Gräben, wie Schutzgräben. Sie wurden immer länger. Spät am Abend lud man die Leichen wie Baumstämme auf Schlitten und fuhr sie in ein Massengrab, jeweils bis 20 Tote. Die Leichen wurden nackt, ohne Namen, nur mit einem Brettchen mit ihrer Nummer an den Füßen wie ein verendetes Vieh eingescharrt.

Die Menschen wurden zu Schatten. Auch mein Bruder Andrej. Er kam ins Lagerlazarett. Auf den Pritschen krümmten sich jämmerliche Geschöpfe. Der Hunger entzog den Menschen ihre

Identität, verwandelte sie in nicht mehr unterscheidbare Skelette mit gelber Haut und nackten Schädeln. Andrej bat mich, ihn auf die andere Seite umzudrehen. Er lag auf der Pritsche, ohne Matratze, ohne Decke. Die Wattedecke, mit der er sich zudeckte, stank erbärmlich. Ich drehte seinen leichten, fast trockenen Körper um und erschrak: Durch die wund gelegenen Stellen sah ich seine weißen Knochen. Am Morgen darauf war mein Bruder Andrej tot. Für mich hatte die Welt von dieser Stunde an ein anderes Gesicht bekommen.“

Gottlieb Eirich

September 1941 rekrutiert und vorerst in militärischen Baubataillonen organisiert wurden. Später wurde dieses Kontingent in die Kategorie „mobilisierte Deutsche“ überführt.

Keine gesicherten Aussagen lassen sich indes über die Zehntausende ehemaliger russlanddeutscher Soldaten und Offiziere der Roten Armee machen: Sie wurden teilweise in Arbeitslager überstellt, andere wiederum durften in den Baubataillonen verschiedener Volkskommissariate verbleiben. Miserable Arbeits- und Lebensbedingungen, rücksichtsloser Einsatz und faktische Straffreiheit des Lager- und Betriebspersonals führten dazu, dass unter den Mobilisierten in kürzester Zeit eine große Zahl von Todes- und schweren Krankheitsfällen zu verzeichnen war: Allein 1942 verstarben nach offizieller Statistik 12.047 Einberufene oder 10,3 Prozent der zum 1. Januar 1943 registrierten Zwangsarbeitern (117.429). Auf Grund totalen körperlichen Verfalls mussten weitere 8.073 Personen entlassen werden.

Am 7. Oktober 1942 ordnete das GKO mit Iosif Stalin an der Spitze die Ausweitung der Rekrutierung des deutschen „Kontingents“

auf Jugendliche und ältere Männer im Alter von 15 bis 16 und 51 bis 55 sowie Frauen im Alter von 16 bis 45 Jahren an. Lediglich schwangere Frauen und solche, die Kinder unter drei Jahren hatten, blieben von der Mobilisierung verschont. Im Laufe von nur wenigen Wochen hatte man durch die Kriegskommissariate insgesamt 123.552 Personen, darunter 52.742 Frauen ausgehoben und auf Tausende von Kilometern entfernt liegenden Objekte eingesetzt, ähnlich wie bei den vorher zwangsverpflichteten Männern, getrennt von Kindern und anderen Familienangehörigen.

Weitere Einberufungen, wenn auch geringeren Umfangs, folgten in den nächsten Monaten und Jahren. Dieses Mal wurden sie zum großen Teil auf andere Industriebranchen verteilt: Zum 1. Januar 1944 waren im Volkskommissariat für Kohleförderung 56.551 Deutsche eingesetzt, für Erdölförderung 30.250, für Munition 8.021 usw. Organisiert in Form von separaten Arbeitskolonnen, standen sie unter der direkten Verfügungsgewalt der Betriebsleitung, wohingegen dem Innenministerium die administrative und geheimpolizeiliche „Betreuung“ oblag.

Verteilung der russlanddeutschen Zwangsarbeiter auf die Bauobjekte und Straflager des NKWD, Rekrutierungen im Januar-Februar 1942

Lager/Einsatzort	Beschluss des GKO Nr. 1123 vom 10. Januar 1942	Beschluss des GKO Nr. 1281 vom 14. Februar 1942	Zusammen, Zahl der Mobilisierten	Art der Haupt- tätigkeit
Swijashsk-Uljanowsk*	---	17.823	17.823	Bau einer Eisenbahnlinie
Bakalstroj (Tscheljab- metallurgstroj)**	11.722	14.758	26.490	Bau eines Hüttenkombinats
Iwdellag***	12.899	---	12.899	Holzschlag
Bogoslowlag- BASstroj***	6.900	5.411	12.311	Bau eines Buntme- tallkombinats
Sewurallag***	8.441	---	8.441	Holzschlag
Tagillag-Tagilstroj***	2.870	501	3.371	Bau eines Hüttenkombinats
Tawdinlag***	1.918	---	1.918	Holzschlag
Usollag****	4.940	---	4.940	Holzschlag
Solikamstroj****	2.396	141	2.537	Bau einer Papier- und Pulverfabrik
Wjatlag*****	6.800	45	6.845	Holzschlag
Sewsheldorstroj*****	4.753	900	5.653	Bau einer Eisenbahnlinie
Kraslag*****	5.084	339	5.423	Holzschlag
Umlttag- Umltstroj*****	---	952	952	Transportbau- arbeiten
Insgesamt rekrutiert	68.723	40.870	109.593	

GKO – Gosudarstvenny Komitet Oborony (Staatliches Verteidigungskomitee), das höchste Staats- und Regierungsorgan in der UdSSR während des Krieges.

Hier soll berücksichtigt werden, dass etwa 25.000 Personen dem Volkskommissariat für Eisenbahnverkehr und der Rest dem NKWD zugeteilt wurden. Beide Aushebungen betrafen insgesamt 133.900 Männer.

Dislokation:

* Gebiet Uljanowsk, Region Mittlere Wolga

** Gebiet Tscheljabinsk, Uralregion

*** Gebiet Swerdlowsk, Uralregion

**** Gebiet Molotow (ab 1956 Perm), Uralregion

***** Gebiet Kirow, Region Mittlere Wolga

***** Komi ASSR, Nordwestrussland

***** Region Krasnojarsk, Sibirien

***** Gebiet Amur, Ferner Osten

P.S. Hier werden nicht alle Lager bzw. Einsatzorte des NKWD aufgezeigt und nicht alle Mobilisierungen.

*Viktor Krieger (in: Alfred Eisfeld (Herausgeber),
„Von der Autonomiegründung zur
Verbannung und Entrechtung“, Sonderband
der Heimatbücher der Landsmannschaft)*

Bei der Unterdrückung und Terrorisierung der mobilisierten Deutschen spielte vor allem die Geheimpolizei eine wichtige Rolle. Vertreter der Staatssicherheit im Lager war die berüchtigte „Operativ-tschechistische Abteilung“ (OtschO). Obwohl Teil der Lagerverwaltung, agierten die Mitarbeiter der OTschO weitgehend autonom und unterstanden territorial den Gebietsverwaltungen des NKWD und der operativen Verwaltung der GULag-Zentrale.

Bis zum Juli 1944 wurden 8.543 Zwangsarbeiter aufgrund von Fluchtversuchen, „Sabotageakten“, Selbstverstümmelungen oder konterrevolutionärer Arbeit verhaftet und von ihnen 6.392 zu langjähriger Haft im Straflager und 526 zum Tode verurteilt.

Bereits im Jahre 1945 begannen in einzelnen Volkskommissariaten die Auflösung der Arbeitskolonnen und die Überführung der deutschen Zwangsarbeiter in die Stammebelegschaft der Betriebe bzw. Bauorganisationen. Im System des NKWD erfolgte dies erst mit der Direktive Nr. 68 vom 15. März 1946. Allerdings erhielten sie nicht die Rechte eines normalen Sowjetbürgers, sondern bekamen den Status eines Sondersiedlers verliehen. Nur mit Einverständnis der Betriebsleitung und des zuständigen Kommandanten konnten ehemalige Mobilisierte an den Ort ihrer Pflichtansiedlung zurückkehren oder – soweit die Wohnverhältnisse es zuließen – ihre Familien zu sich holen. Die Zusammenführung der auseinander gerissenen Familien dauerte indes bis in die zweite Hälfte der 1950er Jahre.

Keine andere Ethnie in der Sowjetunion hat eine derart umfassende physische Ausbeutung erlebt: Von den 1,1 Mio. Russlanddeutschen, die sich während des Krieges im sowjetischen Machtbereich befanden, mussten etwa 350.000



Nikolaus Rode: „Opfer“.

Jugendliche, Männer und Frauen, fern von ihren Familien und unter Militärgerichtsbarkeit gestellt, Zwangsarbeit leisten. Eine verlässliche Zahl der Opfer lässt sich bislang nicht quantifizieren; die Sterblichkeitsrate soll Hochrechnungen aus einzelnen Lagern zufolge nicht weniger als 20 Prozent betragen.

Literatur:

V. KRIEGER, *Einsatz im Zwangsarbeitslager, in: Von der Autonomiegründung zur Verbannung und Entrechtung. Die Jahre 1918 und 1941 bis 1948 in der Geschichte der Deutschen in Russland*. Hg. A. EISFELD. Stuttgart 2008, 137-161.
A. GERMAN/A. KUROČKIN, *Nemcy SSSR v „trudovoj armii“ (1941-1945)*. Moskva 1998.
Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee. Hg. A. EISFELD/V. HERDT. Köln 1996.

Innenminister Schünemann übernimmt Schirmherrschaft über die Landesgruppe Niedersachsen

Im Rahmen einer Feierstunde am 9. März 2012 im Gästehaus der Niedersächsischen Landesregierung in Hannover übernahm Uwe Schünemann, Minister des Landes Niedersachsen für Inneres und Sport, die Schirmherrschaft über die Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland.

In der 62-jährigen Geschichte des Verbandes hatten bisher nur die Länder Baden-Württemberg und Hessen Patenschaften über die Landsmannschaft bzw. die Wolgadeutschen übernommen. Umso bemerkenswerter war die Übernahme der Schirmherrschaft durch Uwe Schünemann, der damit insbesondere die Integrationsbemühungen der Landesgruppe Niedersachsen mit Lilli Bischoff an der Spitze würdigte.

Die Integrationsarbeit könne, so der Minister in seiner Festansprache, ohne dieses ehrenamtliche Engagement nicht gelingen. Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland stehe für diese Arbeit und bilde ihr Fundament. Sie berate ihre Landsleute in allen Fragen der Aufnahme und Eingliederung in die bundesdeutsche Gesellschaft.

Als beispielhaft für das Wirken der Landsmannschaft und ihrer Landesgruppe Niedersachsen erwähnte der Minister die Aktion „Rechtsaußen? Nein danke!“. Damit habe die

Landsmannschaft zum Ausdruck gebracht, dass sie sich unmissverständlich von extremistischen Bestrebungen distanzieren und sich für ein gedeihliches Miteinander, für Freiheit, Demokratie und Völkerverständigung in Europa engagieren.

Abschließend fasste Schünemann die Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion zusammen:

„Ihre Volksgruppe hat in den letzten Jahrhunderten einen langen, einen wechselhaften, einen beeindruckenden Weg mit vielen Höhen, aber auch mit Tiefen beschritten. Der letzte und aktuelle Teil des Weges liegt in Niedersachsen. Ich meine, dass der ganz überwiegende Teil der hier lebenden Deutschen aus Russland in Niedersachsen angekommen ist und unseren Alltag bereichert.

Sie sind trotz des erlittenen Unrechts nicht verbittert in der Vergangenheit stehen geblieben, sondern gestalten unverzagt, tatkräftig und optimistisch die Zukunft unseres Gemeinwesens mit. Das verdient größte Anerkennung! Die heutige Übernahme der Schirmherrschaft ist für mich Ehre und Verpflichtung zugleich. Fühlen Sie sich in Niedersachsen willkommen und zu Hause!“

Lilli Bischoff betonte in ihrer Danksagung, dass sie wie so viele ihrer Landsleute in Niedersachsen ein wirkliches Zuhause gefunden habe, das sie unter keinen Umständen verlassen wolle.



Teilnehmer der Feierstunde im Gästehaus der Niedersächsischen Landesregierung mit Innenminister Uwe Schünemann (vorne).
Bild: Oliver Krüger

Uwe Schünemann:

Erleichterungen für Spätaussiedler

Das Land Niedersachsen hat durch Innenminister Uwe Schünemann einen Gesetzentwurf vorgelegt, der zur Vermeidung von Härtefällen im Spätaussiedleraufnahmeverfahren aus humanitären Gründen führen soll. Diese können dadurch entstehen, dass ohne Ausnahme an der Voraussetzung des Besitzes von Grundkenntnissen der deutschen Sprache für Familienangehörige festgehalten wird, die in den Aufnahmebescheid des Spätaussiedlers aufgenommen werden wollen.



Uwe Schünemann

Das Bundesvertriebenenrecht fordert für die Aufnahme in den Aufnahmebescheid des Spätaussiedlers von Ehegatten oder Abkömmlingen den Nachweis des Besitzes von Grundkenntnissen der deutschen Sprache. Dies bereits vor der Ausreise aus dem Aussiedlungsgebiet.

Der Besitz von Grundkenntnissen der deutschen Sprache als strikte Voraussetzung für die Einbeziehung in den Aufnahmebescheid des Spätaus-

siedlers kann in Einzelfällen für Ehegatten oder Abkömmlinge zu unbilligen Härten führen.

In der Verwaltungspraxis und durch Eingaben hat sich gezeigt, dass es über den bereits gesetzlich geregelten Ausnahmefall der Behinderung hinaus weitere Fälle gibt, in denen das Festhalten an der Voraussetzung des Besitzes von Grundkenntnissen der deutschen Sprache eine unbillige Härte darstellt.

Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn der Ehegatte oder Abkömmling aufgrund einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder in einem vergleichbaren Fall nicht in der Lage ist, die erforderlichen Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu erwerben.

Der hier federführende Ausschuss für Innere Angelegenheiten, der Ausschuss für Arbeit und Sozialpolitik, sowie der Ausschuss für Familie und Senioren empfehlen dem Bundesrat, den Gesetzentwurf beim Deutschen Bundestag einzubringen. Außerdem hat der Bundesrat Minister Uwe Schünemann als Beauftragten des Bundesrates für die Beratung des Gesetzentwurfs im Deutschen Bundestag und in seinen Ausschüssen bestellt.

**Pressemitteilung der Vertretung
des Landes Niedersachsen beim Bund**

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ist nach wie vor der Auffassung, dass der drastische Rückgang der Spätaussiedlerzahlen seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 nur zum Teil auf die Ausweitung der Bleibehilfen für die deutsche Minderheit in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion zurückzuführen ist, seinen Hauptgrund aber in der Überbetonung deutscher Sprachkenntnisse im Spätaussiedleraufnahmeverfahren hat.

Aus einer Stellungnahme der Landsmannschaft vom April 2012

Memorandum zur Kultur- und Forschungsarbeit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.

Die Aufnahme der Deutschen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wurde vom Deutschen Bundestag und der Bundesregierung damit begründet, dass

- es sich um Personen mit einem kollektiven Kriegsfolgenschicksal handle, für die eine Wiedergutmachung für Schäden und Nachteile, die sie durch den Nationalsozialismus erlitten haben, zu leisten sei,
- und die Zuwanderung ein spürbarer Beitrag zur Minderung des demographischen Problems in Deutschland sei.

Die Landsmannschaft kann als Vertreterin der Interessen der Deutschen aus Russland, die mit ca. 2,8 Mio. Personen inzwischen einen signifikanten Teil der deutschen Bevölkerung stellen, nicht umhin, den Dank an die Bundesregierung für die Aufnahme durch Hinweise auf Defizite und Fehlentwicklungen zu ergänzen.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass es Härtefälle bei der Familienzusammenführung gibt, denen auch durch das im Dezember 2011 in Kraft getretene 9. Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes nur in sehr wenigen Fällen abgeholfen wird.

Die reduzierte Anrechnung von Rentenanwartschaften hat zu einer zunehmenden Altersarmut bei Deutschen aus Russland geführt, während ihre berufstätigen Familienmitglieder die Sozi-

alabgaben in voller Höhe entrichten und damit einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme leisten. Durch diese Praxis wird der Generationenvertrag in eklatanter Weise verletzt.

Die kulturelle und gesellschaftliche Integration der Deutschen aus Russland verläuft aufgrund ihres vorbildlichen Engagements und dank der Unterstützung durch Kommunen sowie kirchliche und gesellschaftliche Organisation vielerorts gut, auch wenn noch viele Wünsche offen sind und nicht alle Möglichkeiten optimal genutzt werden.

Die Förderung des Bundes nach § 96 BVFG läuft dagegen seit 20 Jahren am Bedarf der Deutschen aus der GUS weitestgehend vorbei bzw. konnte nicht bedarfsgerecht abgerufen und genutzt werden. Es gab lediglich eine kurze Zeitspanne, während der das Bundesministerium des Innern im wissenschaftlichen Bereich den Stiftungslehrstuhl an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (Prof. Dr. D. Brandes) und den Göttinger Arbeitskreis e.V. institutionell sowie die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. (zwei Stellen für Kulturreferenten) als Projekt förderte.

Mit der Umwidmung des Stiftungslehrstuhls in Düsseldorf ging der einzige Lehrstuhl an einer Universität, dessen Zweckbestimmung die Forschung und Lehre über die deutsche Kultur und Geschichte im Osten Europas war, verloren.

Mit der Zusammenlegung der Personal- und Sachmittel aus der institutionellen Förderung des Göttinger Arbeitskreises mit dem Nordostdeutschen Kulturwerk zu einem Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordost-Europa e.V. wurde der Abbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zur Erforschung und Präsentation der Kultur und Geschichte der Deutschen im Russischen Reich, in der Sowjetunion und in deren Nachfolgestaaten eingeleitet. Die in den 1990er Jahren geknüpften Kontakte mussten einer nach dem anderen aufgegeben werden, so dass gegenwärtig kein einziges grenzüberschreitendes Projekt mehr bearbeitet wird. Dieser Trend war schon 2004 klar erkennbar.

Die Landsmannschaft war in den vergangenen Jahrzehnten in erster Linie mit der sozialen und beruflichen Integration der Aussiedler befasst. Auf ehrenamtlicher Basis haben unsere Sozialreferenten seit den 1990er Jahren über 1 Mio. offiziell verbuchte Beratungsstunden geleistet (inoffiziell waren es noch weitaus mehr!) und damit in erheblichem Umfang staatliche Aufgaben übernommen. Zu diesem Zweck wurde ein Großteil der Mittel des Vereins (Mitgliedsbeiträge und Spenden unserer wirtschaftlich oft noch schwachen Vereinsmitglieder) eingesetzt, wodurch der kulturelle Bereich notgedrungen zu kurz kam.

Das Vertrauen darauf, dass staatliche Stellen den Einsatz für das Gemeinwohl würdigen und uns in kulturellen Belangen unterstützen würden, wurde schwer enttäuscht. Nach heutigem Stand sind die Deutschen aus Russland die einzige historisch gewachsene Bevölkerungsgruppe, für die es kein Landeszentralmuseum, kein Archiv, kein Forschungsinstitut, keine Referenten für die kulturelle Breitenarbeit und

Keiner ist vergessen

Gedenkbuch zum 70. Jahrestag
der Deportation der Deutschen in der Sowjetunion



Herausgegeben von der Landsmannschaft
der Deutschen aus Russland e.V.



Das 2011 erschienene Gedenkbuch der Landsmannschaft befasste sich mit einem zentralen Ereignis der russlanddeutschen Geschichte.

nur sporadisch und in unzureichendem Umfang Projektförderung aus Restmitteln gibt. Dieser Zustand ist so nicht hinnehmbar, weil grundlegende Bedürfnisse von Bundesbürgern und Steuerzahlern außer Acht gelassen und Chancen für eine umfassende Integration der Aussiedler eine nach der anderen versäumt werden.

Das Ausmaß der aktuell zu bearbeitenden Projekte übersteigt die Möglichkeiten unserer ehrenamtlichen Mitarbeiter bei weitem. Sie könnten nur durch eine Professionalisierung unter Heranziehung von fach-, landes- und sprach-



Ebenfalls 2011 wurde die 8. Auflage der landsmannschaftlichen Geschichts- und Integrationsbrochüre veröffentlicht.

kundigen Personen Erfolg versprechend umgesetzt werden. Eine angemessene Berücksichtigung von dafür qualifizierten Personen aus den Reihen der Deutschen aus Russland bietet sich nicht nur an, sondern ist erforderlich, will die Politik sich nicht erneut dem Vorwurf einer Missachtung und Bevormundung ausgesetzt sehen.

Im wissenschaftlichen Bereich betrachten wir als vordringlich die Schaffung einer Forschungseinrichtung, die den im Bereich der außeruniversitären Forschung üblichen Standards

und Anforderungen entspricht. Eine Anbindung an eine Universität, an der Neuere Geschichte und/oder Osteuropäische Geschichte und slawische Sprachen unterrichtet werden, gäbe dieser Universität ein zusätzliches Lehrangebot und würde den in der Forschungseinrichtung beschäftigten Wissenschaftlern die Möglichkeit zur Weitergabe ihrer Kenntnisse an Studierende verschaffen.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass eine Anbindung des Bereichs „Kultur und Geschichte der Deutschen im Russischen Reich, in der Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten“ an die Universität Hamburg wirkungslos war. Innerhalb von zehn Jahren gab es keine einzige Lehrveranstaltung der beiden Göttinger Mitarbeiter des Nordost-Instituts und keinen einzigen Vortrag an der Universität Hamburg oder in einer Vortragsreihe des Nordost-Instituts.

In enger Zusammenarbeit mit der **Forschungseinrichtung** sollten ein **Landeszentralmuseum** mit einem **Archiv** und einer **Fachbibliothek** aufgebaut werden. Neben etatisierten MitarbeiterInnen sind ergänzend Zeitverträge und Hilfskräfte sowie entsprechende Sachmittel erforderlich.

Ein Verbund, bestehend aus den genannten vier Einrichtungen, wäre in der Lage, mittel- und langfristige Forschungs- und Publikationsvorhaben in eigener Regie wie auch in grenzüberschreitender Zusammenarbeit durchzuführen. Die Erfahrungen des Instituts für Deutschland- und Osteuropaforschung des Göttinger Arbeitskreises e.V. aus den Jahren 1990 bis 2001 zeigen, dass bei entsprechender Fachkompetenz und Einsatzbereitschaft eine erfolgreiche Tätigkeit möglich ist.

Eklatante Forschungslücken klaffen über Regionen und Staaten wie Sibirien und Kasachstan

sowie die Republiken Zentralasiens und des Transkaukasus. Es ist schon bemerkenswert, dass sich ein von der Republik Aserbaidschan gestifteter Lehrstuhl am Rande mit den Deutschen in Aserbaidschan und Georgien und freikirchliche Aussiedlergemeinden, ebenfalls auf wissenschaftlicher Basis, mit den Deutschen in Sibirien und Kasachstan befassen.

Mittel des § 96 BVFG wurden für derartige Maßnahmen nicht in nennenswertem Umfang zur Verfügung gestellt. Eine Ausnahme waren Projekte des Göttinger Arbeitskreises in den 1990er Jahren.

Für den Bereich der kulturellen Breitenarbeit, der in den Zuständigkeitsbereich der Landsmannschaft mit ihren zahlreichen Landes-, Kreis- und Ortsgruppen sowie ihres Jugendverbandes, des Jugend- und Studentenrings der Deutschen aus Russland, gehört, besteht Bedarf an:

- hauptamtlich tätigen Kulturreferenten;
- einem dritten Projektleiter für die Wanderausstellung „Volk auf dem Weg. Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland“ der Landsmannschaft, die in Schulen, Volkshochschulen, anderen Bildungseinrichtungen, Rathäusern und Landratsämtern gezeigt wird;
- einer Wanderausstellung über die Deutschen im Schwarzmeergebiet („Odessa-Deutsche“);
- einer Wanderausstellung über die Deutschen in Kasachstan;
- einem Sonderband „Lebensräume und -formen der Deutschen in Russland. 1763-2013“;
- jährlich einem Heimatbuch der Deutschen aus Russland (diese Heimatbücher, in denen Zeitzeugenberichte sowie wissenschaftliche, publizistische und künstlerische Beiträge zusammengefasst sind, wirken identitätsstiftend und klären über das Schicksal der Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion auf);

- Sonderveröffentlichungen zu besonderen Jahrestagen und Ereignissen;
- Mitteln für die Unterstützung der bildenden Künstler, Schriftsteller und Musiker (Kurzzeitstipendien, Lesungen, Ausstellungen, Vortragsreihen);
- Mitteln für grenzüberschreitende Projekte (Partnerschaften, Kulturveranstaltungen);
- Mitteln für die Durchführung von Interviews mit Zeitzeugen, damit dieser Teil der deutschen Geschichte im Osten Europas nicht restlos verloren geht.

Von Vertretern der Politik und der Kirchen ist oft zu hören, Deutsche aus Russland seien eine Bereicherung für Deutschland, sie seien eine Brücke der Verständigung zu den Ländern und Völkern Russlands und der GUS, somit wirksame Botschafter der Volksdiplomatie. Dieser Einschätzung stimmen wir zu. Wir müssen aber gleichzeitig mit großer Sorge zur Kenntnis nehmen, dass die für die oben genannten Aufgaben erforderliche Unterstützung des Bundes ausbleibt, worin wir durchaus einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes sehen.

Hier ist eine von Grund auf andere Einstellung des Bundes und der Länder erforderlich, die, wenn nicht anders möglich, in einem Staatsvertrag geregelt werden sollte. Die Bundesrepublik Deutschland hat mit Staatsverträgen mit Bundesbürgern mit einem besonderen Schicksal gute Erfahrungen gemacht, die auch auf die Deutschen aus Russland übertragen werden könnten.

Adolf Fetsch,
Bundesvorsitzender,
Dr. Alfred Eisfeld,
stellvertretender Bundesvorsitzender.
Vorsitzender des Kulturausschusses

Profil der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. ist die älteste und größte Organisation der Volksgruppe in der Bundesrepublik und offen für alle Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion.

Der Verein wurde vor 62 Jahren als „Arbeitsgemeinschaft der Ostumsiedler“ gegründet und 1955 in „Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.“ umbenannt. Er bekennt sich zur „Charta der Deutschen Heimatvertriebenen“ vom 5. August 1950 und versteht sich als Interessenvertretung, Hilfsorganisation und Kulturverein der Deutschen aus Russland nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Die Landsmannschaft verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke, ist überparteilich und überkonfessionell und sucht stets den Dialog mit allen demokratischen Parteien. Familienzusammenführung sowie die soziale, gesellschaftliche, berufliche und religiöse Eingliederung in die deutsche Gesellschaft, Kultur-, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit gehören zu den wichtigsten Aufgaben der Landsmannschaft in der Gegenwart.

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ist organisatorisch unterteilt in Lan-

des- sowie rund 140 Orts- und Kreisgruppen, deren Vertreter bei der alle drei Jahre stattfindenden Bundesdelegiertenversammlung den ehrenamtlich tätigen Bundesvorstand wählen. Koordiniert wird die Arbeit der Landsmannschaft durch die in Stuttgart ansässige Bundesgeschäftsstelle.

Traditionell am stärksten vertreten ist die Landsmannschaft in ihrem Patenland Baden-

Württemberg. Starke Landes- und Ortsverbände existieren aber auch in den Bundesländern Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen.

Als Jugendverband hat sich vor gut vier Jahren der Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland etabliert,

Die Vereinszeitung „Volk auf dem Weg“ ist die Stimme der Landsmannschaft und ihrer Mitglieder.

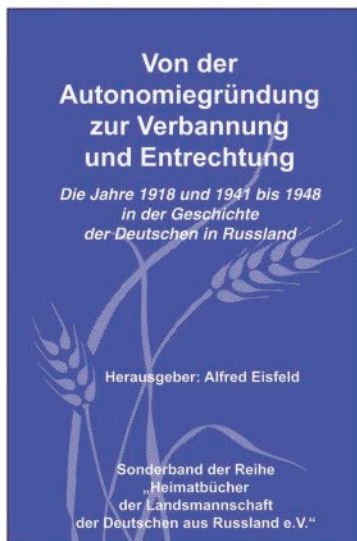
Das „Heimatbuch“ und andere Publikationen behandeln die Geschichte und Kultur der Deutschen aus Russland in verschiedenen Zeitabschnitten.

Um die Aufklärungsarbeit über die Volksgruppe zu fördern, ist die landsmannschaftliche Wanderausstellung „Volk auf dem Weg. Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland“ als ältestes und größtes Integrationsprojekt des Verbandes in mehreren identischen Fassungen bundesweit unterwegs.



Publikationen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

HEIMATBÜCHER der Landsmannschaft:



Im Mittelpunkt des letzten Heimatbuches der Landsmannschaft (Preis: 10,- Euro) stehen zwei Zeitabschnitte, die für die Geschichte der Volksgruppe von schicksalhafter Bedeutung waren.

1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967/68 (jeweils 8,- Euro); 1969-72 (J. Schnurr, "Die Kirchen und das religiöse Leben der Russlanddeutschen", Katholischer Teil, 23,- Euro, Evangelischer Teil, 19,- Euro); 1973-81 (11,- Euro); 1982-84 (12,- Euro); 1985-89, 1990/91, 1992-94, 1995/96, 1997/98, 2000 - I. und II. Teil, 2001/02, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007/08 (je 10,- Euro).

In Neuauflage erschienen:
Dr. Karl Stumpp,
"Die Auswanderung
aus Deutschland nach Rußland
in den Jahren 1763-1862",
1020 S., 48,- Euro

Weitere Publikationen (Auswahl):

A. Eisfeld, „Etappen eines langen Weges - Beitrag zur Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland“, 5,- Euro.
Dr. E. Biedlingmaier, „Ahnenbuch von Katharinenfeld in Georgien, Kaukasus. Chronik der Familien“, 60,- Euro.
Bosch/Lingor, „Entstehung, Entwicklung und Auflösung der deutschen Kolonien am Schwarzen Meer“, 7,- Euro.
E. Imherr, „Verschollene Heimat an der Wolga“, 10,- Euro.
J. und H. Kampen, „Heimat und Diaspora“, Geschichte der Landsmannschaft, 8,- Euro.
V. Aul, „Das Manifest der Zarin“, 7,- Euro.
N. Däs, „Kochbuch der Deutschen aus Rußland“, 10,- Euro.
Liederbuch „Deutsche Volkslieder aus Russland“, 10,- Euro.
Kassette Nr. 1, „Bei uns, ihr Leit, ist Hochzeit heit“, 7,- Euro.
Kassette Nr. 2, „Ai, ai, was ist die Welt so schön“, 7,- Euro.
CD Nr. 1, „Bei uns, ihr Leit, ist Hochzeit heit“, 10,- Euro.
CD Nr. 2, „Ai, ai, was ist die Welt so schön“, 10,- Euro.

Richten Sie Ihre Bestellungen bitte an:
**Landsmannschaft
der Deutschen aus Russland e.V.**
Raitelsbergstr. 49, 70188 Stuttgart

Telefon: 0711-1 66 59-22
Telefax: 0711-2 86 44 13
E-Mail: versand@lmdr.de